

## Weitere Anträge (neu)

### *Antrag 8q*

#### **Antragsteller/-innen:**

**Antje Biedermann, Heidi Beutin, Rolf-Dieter Böhmert, Joachim Böse, Peter Fischer, Dr. Helmut Grewe, Angelika Hannappel, Esther Hartmann, Lutz Heilmann, Jörg Hübner, Iris Einfeldt, Kai Keppert, Bernd Kunert, Thomas Levihn, Heidemarie Loppentin, Wolfgang Loppentin, Fred Luckmann, Thorsten Lünzmann, Henrik Matthes, Bernd Michels, Ernst Molkenthin, Volker Rätzke, Claus Samtleben, Hajü Schulze, Nidda Schweda, Axel Sieck, Brigitte Sawirucha, Jörn Seib, Paul Weidmann, Heiko Winckel-Rienhoff, Angela Whyte**

#### **Antrag an den Landesparteitag: Landesvorstandswahlen**

Der Landesparteitag beschließt die vollständige Neuwahl des Landesvorstandes.

#### **Begründung:**

Die Bundesschiedskommission hat in ihrer Entscheidung vom 1. November 2008 Zweifel an der rechtmäßigen Wahl eines Teils der Delegierten des letzten Landesparteitages festgestellt und einen Teil der Wahlen für nichtig erklärt.

Eine Legitimation aller Mitglieder des Landesvorstandes und eine von allen Mitgliedern der Partei DIE LINKE im Landesverband Schleswig-Holstein anerkannte politische Autorität kann ein neuer Landesvorstand deshalb nur bei einer vollständigen Neuwahl des Landesvorstandes erlangen.

Die Antragsteller schließen sich der Auffassung des kommissarischen Landessprechers Björn Radke (siehe „Kieler Nachrichten“ vom 4.11.08) an, nicht nur die von der Bundesschiedskommission am 1.11.08 festgestellten ungültigen Positionen im Landesvorstand, sondern den gesamten Landesvorstand neu zu wählen. Tatsächlich sind durch die vom Präsidium des Landesparteitages am 27.9.08 entgegen der Satzung der Partei DIE LINKE festgestellte Rechtmäßigkeit der Delegierten dieses Parteitages nicht nur die sogenannten knappen Ergebnisse der Vorstandswahlen verfälscht worden, sondern die gesamten Wahlen.

Mit einer Neuwahl aller Mitglieder des Landesvorstands kann ein wesentlicher Beitrag zur Befriedung der Landespartei geleistet werden.

### *Antrag 8r*

**Antrag** an den Landesparteitag DIE LINKE am 2./2. Januar 2009

**Thema:** Präambel (Bildungs-) Politik

**Antragstellerin:** Sigrid Randschau , Mitglied ROEW, KV RdEck für LAG-SH Bildung

Der Landesparteitag möge behandeln, beraten und beschließen:

## Präambel (Bildungs-) Politik

Demokratie ist eine Lebensform der Zukunft.  
Wir wollen uns gemeinsam auf den Weg dorthin machen.

Wir streben eine Gesellschaft an, in der Ausbeutung nicht mehr auftritt. Weder als Ausbeutung natürlicher Ressourcen, noch als Ausbeutung des Menschen, nicht direkt, nicht indirekt.

Bildung ist der Motor einer demokratischen Gesellschaft.

Ohne Bildung ist Demokratie nicht leb- und umsetzbar.  
Demokratie ist ein Prozess, der in allen Lebenszusammenhängen geübt und weiter getragen werden muss.

Wir fordern den Ausbau von Basisdemokratie

- in den Familien
- in den Schulen
- in Organisationen
- in den Kommunen
- im Land
- und darüber hinaus.

Wir fordern die Einrichtung einer Kommunikations- und Transparenzkultur für unser Land.

### **Begründung:**

Zwar leben wir in einem Land, das behauptet, eine Demokratie zu sein. Allein die Unzulänglichkeiten in der Umsetzung in die Realität sind so groß, dass unverzüglich Änderungen vorgenommen werden müssen.

Wir brauchen eine breit angelegte Wertediskussion.

Landesweit, bundesweit, EU-weit und darüber hinaus. Wir stehen an einem Wendepunkt. Die gegenwärtige Krise ist die nächstliegende Chance, endlich in eine nachhaltige und menschenwürdige Richtung umzusteuern. Noch können wir Rechte, die hier in Europa über Jahrzehnte mühsam für Arbeitnehmer erstritten wurden, wiedergewinnen – sie vielleicht sogar auf eine internationale Basis stellen und sie so weiter verbreiten – zum Nutzen Abertausender.

Heute müssen wir entscheiden: wollen wir diese Chance nutzen oder untätig bleiben. Wollen wir unsere Verantwortung wahrnehmen oder wollen wir den nachfolgenden Generationen gegenüber die Schultern zucken und behaupten: wir konnten nichts tun. Handeln wir wie beschrieben, sind wir Täter (da untätig).

Engagieren wir uns, nehmen wir an einem spannenden Änderungsprozess teil, den wir mitgestalten können.

Wollen wir aber sagen, wohin die Reise gehen soll, müssen wir informiert sein, mit den Informationen etwas anfangen können, die Auswirkungen überdenken können und dann aus den möglichen Alternativen wählen. Das wird nur möglich sein, mit breiter selbst bestimmter Bildung für alle.

## **Antrag 8s**

**Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE am 23./24. Januar 2009 (2 Seiten)**

**2. Januar 2009**

**Thema: Struktur und Aufgabenverteilung im Landesvorstand**

**Antragsteller: Dr. Helmut Grewe, Sigrid Randschau, Paul Weidmann, alle KV RdEck / ROEW**

Der Landesparteitag möge behandeln, beraten und beschließen:

- I. Festlegung des kommenden Landesvorstands auf eine Struktur und Aufgabenverteilung entsprechend der anliegenden Entwurfsvorlage.
- II. Empfehlung zur Wahl von Vorstandsmitgliedern, die sich durch ihre bisherige Arbeit bzw. durch ihre Vorstellung in der Kandidatur (Wissen und Erfahrung) als die Besten für eine der skizzierten Positionen herausstellen.

### **Begründung:**

Der Landesvorstand ist das wichtigste und verantwortliche Gremium unserer Partei in SH und steht im öffentlichen Rampenlicht. Seine bisherige Tätigkeit, das gilt für den alten und auch den kommissarischen LaVo, ist sicherlich von viel Arbeit geprägt gewesen, dafür gilt ein Danke. Die Ergebnisse insbesondere der internen Zusammenarbeit (siehe dazu auch das Schreiben (Email) des Präsidiums des Landesrats an den Landesvorstand vom 3.9.08) sind eher ernüchternd, und eine Liste von Versäumnissen und Fehlverhalten ist lang und gravierend. Das gilt auch für die Umsetzung der Aufgabenverteilung auf die Landesvorstandsmitglieder (siehe LPT Sept. 07), an die sich heute offensichtlich niemand mehr erinnern kann und mag. Innere Querelen und Streitigkeiten sowie Unvermögen einzelner bzw. mit Kreisverbänden schmälerten das Ergebnis ebenfalls.

Solchen Entwicklungen darf kein weiteres Mal Vorschub geleistet werden. Der vorgelegte Strukturvorschlag weist den einzelnen Landesvorstandsmitgliedern anhand von zu erwerbendem Wissen und Fähigkeiten klare Aufgaben und Verantwortung zu, entweder als Fachbereichsleiter mit auch koordinierenden Aufgaben (Transparenz und Durchlässigkeit von der Basis bis in den LaVo und entgegengesetzt) oder als ManagerInnen / KoordinatorInnen mit Verantwortung für die Umsetzung der Programme / Kampagnen innerhalb des LaVo bis zur Basis. Den beiden SprecherInnen obliegt es, für Eintracht, Zusammenarbeit und Effektivität zu sorgen. Jeder trägt eine konkrete Verantwortung.

Die Kandidaten und Kandidatinnen zum Landesvorstand mögen sich daher zielgerichtet bewerben und vorstellen.

Der Landesparteitag hat die Möglichkeit vergleichende Maßstäbe für seine Auswahl zu nutzen. Eine solche Vorgehensweise kann die Nachteile einer reinen Listenwahl minimieren und zu einem erfolgreichen Landesvorstand für die nächsten 2 Jahre führen.

Danke für Eure Optimierungsvorschläge und Zustimmung auf dem LPT.  
Weitere Begründung mündlich auf dem LPT.

[\(Tabelle\)](#)

## **Antrag 8t**

### **Antrag an den Landesparteitag**

**Antragsteller: Kreisverband Dithmarschen, Doris Herrmann, Klaus Roosen**

**(Kreisvorsitzende)**

19.12.2008

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag an den Bundesparteitag beschließen:

Die Schiedsordnung wird in § 4 durch folgenden Text ergänzt, einzufügen als Absatz 5:

Wenn es in einem Landesverband keine arbeitsfähige Schiedskommission gibt, kann der Bundesvorstand die Schiedskommission eines anderen Landesverbands mit der Behandlung von Anträgen aus jenem Landesverband beauftragen.

### **Begründung**

Wir haben genau diese Situation erlebt, und es war für viele eine leidvolle Erfahrung. Der ganze Landesverband hat darunter gelitten. Die zahlreichen Schiedsanträge, die gestellt wurden, an die Bundesschiedskommission weiter zu leiten, hat auch nicht geholfen, da diese die Behandlung abgelehnt hat mit der Begründung, es müsste eine Einspruchsmöglichkeit gegeben sein. Da man auch für die Zukunft nicht ausschließen kann, dass wieder so ein Fall eintritt, halten wir es für sinnvoll und notwendig, die Schiedsordnung, wie vorgeschlagen, zu ändern.

## **Antrag 8u**

### **Antrag an den Landesparteitag der LINKEN SH**

**am 24. und 25 Januar 2009 in Kiel**

#### **AntragstellerInnen / UnterstützerInnen:**

**Antje Biedermann, Angelika Hannappel, Esther Hartmann, Lutz Heilmann, Claus Samtleben, Jörn Seib, Angela Whyte, Heiko Winckel-Rienhoff, Harry Bleckert, Doreen Föse, Kai Keppert, Henrik Matthes, Bernd Michels, Guntram Pappe, Brigitte Sawirucha, Nidda Schweda, Hans-Jürgen Schulze, Axel Sieck,**

Der Landesparteitag möge folgendes 100-Punkte-Programm des Landesverbandes DIE LINKE. Schleswig-Holstein beraten und beschließen und zur weiteren Verwendung als Flyer in einer Auflage von 20.000 Stück drucken lassen.  
Begründung des Antrages erfolgt mündlich.

### **Arbeit, Soziales und Gesundheit**

1. Errichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors für 10.000 Stellen statt Abbau durch 1-Euro-Jobs
2. Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Firmen, die einen Mindestlohn von 8,71€ zahlen
3. Unterstützung beschäftigungsintensiver Mittelstandsbetriebe
4. Hartz IV-Ombudsstellen in allen Kreisen
5. Autonomes Klagerecht für sozialpolitische Verbände und Organisationen von Betroffenen

6. Finanzielle Mittel zur Einrichtung und Unterstützung unabhängiger Erwerbslosenberatungsstellen
7. Landesweit einheitliche Förderprogramme für individuelle und freiwillige Weiterbildungsmaßnahmen
8. Gleichbehandlung von MigrantInnen, Flüchtlingen und AsylbewerberInnen
9. Förderung aktiver Wohnraumpolitik der öffentlichen Hand für bezahlbaren Wohnraum für alle
10. Keine Zwangsumzüge von Alg II – EmpfängerInnen
11. Einheitliche KdU-Richtlinie für Schl.-Holstein, Festlegung der Mietobergrenzen (KdU) und der Mietstufen (Wohngeld) auf Grundlage des realen Mietniveaus
12. ein Schleswig-Holstein weites Sozialticket, Anreiz für Kommunen zur flächendeckenden Einführung regionaler Sozialtickets durch teilweise Kostenübernahme durch das Land.
13. Einrichtung von landesweiten „Notfonds“ zur Gewährung einmaliger Beihilfen für sozial Bedürftige
14. Keine Privatisierung des UKSH und weiterer Gesundheitseinrichtungen
15. Förderung gesundheitlicher Präventionsmaßnahmen
16. Schaffung von Umweltzonen in Ballungsräumen wie Kiel und Lübeck

### **Demokratie und Rechtsstaat**

17. BürgerInnenentscheide bei allen Angelegenheiten, die alle angehen, und Absenkung formaler Hürden zur BürgerInnenbegehren und -entscheiden
18. Erstellen eines transparenten Landeshaushalts und schrittweise Einführung von Bürgerhaushalten in allen Kreisen und kreisfreien Städten
19. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung (Entscheidungskompetenzen vor Ort)
20. Anhörungsrecht für Kommunen bei sie betreffenden Gesetzen und verbindliche Einbindung in europarechtliche Abstimmungsverfahren zwischen Bund und Ländern
21. Konsequente Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge
22. Rücknahme der Verschärfung des Polizeirechts
23. Aufnahme einer Antifaschismusklausel in die Landesverfassung und Verbot aller faschistischen Vereine
24. Rückzug der V-Leute, v.a. aus Strukturen der NPD
25. Bundesratsinitiative zur Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD
26. Keine Abschiebungen von Flüchtlingen
27. Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Landesbeamtenrecht

### **Energie / Umwelt und Verkehr**

28. Konsequenter Umstieg auf Erneuerbare Energien
29. Schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomwirtschaft, Brunsbüttel und Krümmel dürfen nicht mehr ans Netz gehen
30. Keine neuen Kohlekraftwerke, bei Bedarf effektive Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung
31. Keine Landesförderung für CCS-Projekte (CO<sub>2</sub>-Abscheidetechnik)
32. Keine Absenkung von Umweltstandards im Falle des Scheiterns des Umweltgesetzbuches auf Bundesebene
33. Ökostrom und Umweltstandards in allen Einrichtungen der Landesverwaltung

34. Sanierungsprogramm für Gebäude der Landesverwaltung zur Energieeinsparung
35. Landesweite Einführung von Sonnenkatastern und konsequente Berücksichtigung der Sonnenausrichtung von Gebäuden in der Stadtplanung
36. keine Müllimporte nach SH, eingeschlossen verflüssigtes CO<sub>2</sub>
37. konsequente Durchsetzung der Barrierefreiheit
38. keine feste Fehmarnbelt-Querung
39. Keine Subventionen an die Flughäfen
40. Keine zivile Mitnutzung des Fliegerhorstes Jagel, keine Tiefflüge über Schleswig-Holstein.
41. Elbvertiefung und Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals verhindern.
42. Kreisverkehre zur Verhinderung von Ampelanlagen
43. Für Verhandlungen der Landesregierung mit der Hansestadt Lübeck und dem Bund zur Überführung des Herrentunnels in Bundeshand und Mautfreistellung
44. Bundesratsinitiative zur Klärung der Zuständigkeit für die Altmunition in Nord- und Ostsee mit dem Ziel der Auflegung eines Bundesprogramms
45. konsequente Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie der EU in Schleswig-Holstein Küsten- und Meeresschutz
46. Initiative des Landes zur Aufnahme des Wattenmeers als Weltnaturerbe
47. Keine neuen Ölbohrungen und kein weiterer Kiesabbau im Wattenmeer
48. Keine CO<sub>2</sub>-Einlagerung im Wattenmeer
49. Überarbeitung des Fischereigesetzes gegen die Zerstörung des Meeres durch Schleppnetze und Beifang
50. Überarbeitung des Katastrophenschutzprogrammes nach den neuesten Erkenntnissen des Weltklimagutachtens

### **Kultur**

51. Förderung von Kunst und Kultur als gesellschaftspolitische Aufgabe, keine Abhängigkeit von der Wirtschaft
52. Gleichberechtigung kultureller und musischer Bildung mit anderen Fächern in Schulen
53. Verbesserung der Beschäftigungssituation von Künstlerinnen und Künstlern durch ausreichende Arbeitsplätze und Projekte im kulturellen Bereich
54. Kunst und Kultur muss für alle bezahlbar sein (Besuch von Theatern, Museen etc. und für kulturelle Weiterbildung)
55. Entkommerzialisierung des Programmangebotes des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch unabhängige Redaktionsarbeit, für die Bevölkerung repräsentative Besetzung der Aufsichtsgremien, Einhaltung der Meinungsvielfalt und ein ausgewogenes Gesamtangebot
56. Unterstützung der Bundesinitiative zur Entbürokratisierung der Regelungen für den Einzug und die Befreiung der Rundfunkgebührenpflicht
57. Flächendeckende Infrastruktur für ein bezahlbares Breitbandnetz für alle

### **Landwirtschaft**

58. Für ein gentechnikfreies Schleswig-Holstein
59. Stärkere Förderung des ökologischen Landbaus
60. Keine Subventionen für umweltschädliche Düngemittel, Pestizide, Herbizide, Fungizide
61. Artenvielfalt in Viehzucht und Ackerbau erhalten
62. Bewahrung einer kleinteiligen, reich strukturierten Kulturlandschaft

- 63. Förderung von Konzepten zur Vermeidung von Lebendviehtransporten
- 64. Verhinderung von Überproduktionen und Exporten ins außereuropäische Ausland
- 65. Faire Preise durch Direktvertrieb statt Subventionen der Landwirtschaft

## **Finanzen**

- 66. Kein Public-Privat-Partnership und kein Cross-Border-Leasing in der öffentlichen Daseinsvorsorge
- 67. Neugestaltung der Finanzausstattung der Länder und Kommunen in der Föderalismusreform II, Einhaltung des Konnexitätsprinzips zur gerechten Kostenverteilung zwischen Land und Kommunen
- 68. kostensparender Umgang mit der sogenannten „Gutachtenpolitik“
- 69. DIE LINKE lehnt die Verankerung einer sogenannten Schuldenbremse ab
- 70. Keine private Beteiligungen (z.B. der Haspa) an unseren Sparkassen
- 71. Initiative des Landes im Bundesrat zur Wiedererhebung der Vermögenssteuer Wirtschaft/Tourismus
- 72. Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- 73. Förderung des ökologischen Ausbaus der maritimen Wirtschaft (Häfen und Werften)
- 74. Keine Subventionen an Großkonzerne für den Abbau von Arbeitsplätzen
- 75. Wirtschaftssubventionen sind nach folgenden Kriterien zu gewähren: 1. Arbeitsplatzintensität, 2. ökologisch produzierend, 3. flächensparend, 4. standortverträglich, 5. Steuereinnahmen bringend, 6. berufsausbildend und 7. wenig verkehrsbelastend
- 76. Für einen sanften, familien- und kinderfreundlichen Tourismus in SH
- 77. Förderung sozialer touristischer Programme
- 78. Schaffung saisonübergreifender Arbeitsplätze Kinder, Jugend, Frauen und Senioren
- 79. Angebote für Freizeit, Erholung und Begegnung für Kinder und Jugendliche in allen Entwicklungsphasen
- 80. Ausreichende Unterstützung von Jugendverbänden, Kreisjugendringen und Sportvereinen, insbesondere unabhängiger Einrichtungen
- 81. Möglichkeiten der kostenlosen Teilnahme an Jugendvereinen und Jugendfreizeiten für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen
- 82. Ausreichende Finanzierung von Notrufen für Kinder, Jugendliche und Frauen, die unter Gewalt, Missbrauch und seelischen Problemen leiden
- 83. Beauftragte oder Kommissionen für Kinder- und Jugendliche in Kreisen und kreisfreien Städten
- 84. Ausreichende Finanzierung der Gleichstellungsbeauftragten im Land
- 85. Fördern der Seniorenbeiräte in den Kreisen und kreisfreien Städten
- 86. Schaffung ausreichender Räume ohne Konsumzwang statt Privatisierung des öffentlichen Raums Bildung
- 87. Bildung und Ausbildung sind von der Krippe bis zur Hochschule vorrangige Finanzierungsaufgaben des Staates, keine Beteiligung der Wirtschaft an Bildungseinrichtungen
- 88. 1.000 weitere neue Lehrerstellen, langfristig paritätische Besetzung der Unterrichtseinheiten
- 89. Individuelle Förderung von allen Kindern und Jugendlichen
- 90. Einhaltung der Kinderrechtskonvention an Bildungseinrichtungen
- 91. Beitragsfreie KiTa's mit flexiblen Öffnungszeiten nach Elternbedarf
- 92. Kostenloses, qualitativ hochwertiges Mittagessen für alle Kinder in KiTaS und Schulen

93. Keine Regionalschule, sondern integrative Gesamtschulen bis zur Klasse 10, Ganztagschulen fördern
94. Konsequente Lehrmittelfreiheit
95. Integrativer Unterricht für Kinder mit besonderem Förderbedarf in der Gemeinschaftsschule
96. Bundesweite Angleichung der Lehrpläne
97. Anhebung des Qualifikationsniveaus für ErzieherInnen und LehrerInnen
98. Für ein gesetzlich verankertes Studiengebührenverbot, Reduzierung der Semestergebühren
99. Für ein plurales Berufsausbildungssystem, das allen Jugendlichen das Recht auf eine Berufsausbildung garantiert
100. Förderung kommunaler Bildungs- und Kultureinrichtungen wie Volkshochschulen, Standortbüchereien und Fahrbüchereien

### **Antrag 8v**

#### **Antrag / Änderungsantrag an den Landesparteitag DIE LINKE am 24 ./25 . Januar 2009**

#### **Thema: Bildungspolitik DIE LINKE in SH**

**Antragsteller: Sigrid Randschau, Paul Weidmann, Dr. Helmut Grewe, alle ROEW, KV RdEck**

Der Landesparteitag möge befassen, beraten und beschließen:

I. Festlegung der Bildungspolitik als politischem Schwerpunkt für DIE LINKE in Schleswig Holstein und Verankerung in den Leitlinien für die nächsten 2 Jahre

II. Verankerung der im Folgenden beschriebenen bildungspolitischen Positionen in den Leitlinien für die nächsten 2 Jahre

#### **Bildungspolitik DIE LINKE in SH**

Wir leben in einer Wissensgesellschaft. Der Stellenwert von Bildung wächst. Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Chancengleiche Bildung ermöglicht Einzelnen eine adäquate Entwicklung, für eigene Rechte einzutreten wie auch, sich für grundlegende Rechte anderer zu engagieren. Selbständiges Erlernen, Denken, Originalität ersetzen eine neoliberal-reproduktive Ausrichtung.

DIE LINKE in Schleswig Holstein setzt auf

- Verankerung des Rechts auf Bildung im GG
  - Umsetzung der Art 6 Allgem. Erklärung der Menschenrechte der UN und Art. 13 kulturelles Menschenrecht im Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der UN in nationales Recht

- Zuständigkeit des Bundes für Bildungspolitik bei Erhalt der kulturellen föderalen Struktur

- Verpflichtende Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in der alle Kinder gemeinsam bis zum ersten mögliche Bildungsabschluss gefördert werden
- Förderqualität des Gymnasiums für alle Begabungsniveaus ausweiten
- günstiger Personalschlüssel (1:10 / 2:20) für alle Klassen
- Betreuung durch Dipl. Sozialpädagogen, min. zwei pro Schule
- Projektarbeit (Selbstverantwortlichkeit, neben singulären Gesetzmäßigkeiten komplexes Denken lehren/ lernen)
- Schulfach Lebensqualität (Ernährung, Bewegung, Stressabbau)
- verpflichtendes Fach Lebensglück (soziale Kompetenz/ Selbstwirksamkeit/ Resilienz; Verantwortung für eigene Lebensziele/ Respekt , Zivilcourage)
- Flächendeckende Ganztagsangeboten
  - kostenfreie Krippen-, Kita- und Hort-Plätze
  - kostenfreie, gesunde Mahlzeiten in allen pädagogischen Einrichtungen
- niederschwellige, Wohnort nahe Erziehungshilfeangebote auf allen Ebenen ohne Stigmatisierung der Eltern
  
- Verändertes Verständnis des Erzieher- und Lehrerberufs
- Aufwertung des Erzieher- und Lehrerberufs im öffentlichen Bewusstsein (Entlohnung, Hochschulbildung Erzieher, mehr Kräfte in der Früherziehung (auch männliche : Modelle für Jungen)
  - Förderung pädagogischer, didaktischer und sozialer Kompetenz
  - Erzieher/Lehrer sind Entwicklungs-Helfer, nicht Selektierer des Systems
  - Förderung kultureller Gemeinsamkeit und argumentativer Kultur
- Förderung von Zivilcourage
- Förderung von Demokratie als Lebensform in allen Zweigen des Bildungswesens

Zwingende Vernetzung mit Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik

### **Antrag 8w**

**Leitantrag / Antrag zur Gesundheitspolitik DIE LINKE an den Landesparteitag am 23./24. Januar 2009**

**Thema: Gesundheitspolitik DIE LINKE in SH**

**Antragsteller: Dr. Helmut Grewe, Sprecher LAG-SH GesSoz, ROEW , KV RdEck, Jens Ahrens, KV Neumünster, Sigrid Randschau, ROEW, KV RdEck, Paul Weidmann, ROEW, KV RdEck**

Der Landesparteitag möge beraten und beschließen:

- I. Das vorliegende Grundlagenpapier zur Gesundheitspolitik ist die Basis zur Entwicklung der Gesundheitspolitik als politischem Schwerpunkt für DIE LINKE in Schleswig Holstein.
  
- II. Weiterentwicklung und Verankerung der im Folgenden beschriebenen gesundheitspolitischen Positionen der LAG-SH GesSoz in den Leitlinien für

die nächsten 2 Jahre.

- III. Aufforderung an die Kreisverbände zur Diskussion und Bearbeitung der beschriebenen gesundheitspolitischen Positionen auf den kommenden Kreismitgliederversammlungen, alternativ durch spezialisierte AG's, und Feedback an LaVo, Landesrat und LAG-SH GesSoz bis zum 31. 3. 09.

(Mitglieder der LAG-SH GesSoz sind gerne bereit, bei diesen Beratungen anwesend zu sein und das Grundlagenpapier detailliert zu erläutern)

### **Grundlagen zur Gesundheitspolitik DIE LINKE in Schleswig Holstein**

Gesundheit in jedem Alter ist ein Menschenrecht höchsten Ranges und bedarf der uneingeschränkten solidarischen Fürsorge und Anstrengungen aller gesellschaftlichen Schichten und Strukturen. Die Förderung der Gesundheit ist somit ein Grundrecht, das im Grundgesetz zu verankern ist.

Für DIE LINKE sind daher effektive gesundheitspolitische Forderungen und Maßnahmen für alle Schichten und Altersstufen essentiell. Sie betrachtet Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

DIE LINKE in SH setzt auf

- Verankerung des Rechts auf Gesundheitsförderung im Grundgesetz
- gesundheitsfördernde Prävention als gleichwertiges Standbein neben kurativen Maßnahmen
- eine dezentral effektive ambulante Versorgung in integrativen kleingemeinschaftlichen Gruppenpraxen (siehe dazu auch Positionspapier IGO) mit Therapiehoheit
- eine stationäre Versorgung (u. a. Krankenhäuser) mit integrativen Strukturen in öffentlicher Hand
- Orientierung des Krankenhauswesens am Modell IST(Integriert Stationäre Therapieeinrichtungen), siehe Anhang
- die Reintegration der Pflege in das Gesundheitswesen (Pflege als gesundheitsfördernde Maßnahme) mit Pflegemix-Strukturen
- die solidarische Bürgerversicherung – Einheitskasse

Eine intensive Vernetzung der Gesundheitspolitik mit der Bildungspolitik (Prävention), Umwelt-, Agrar-, Verbraucherpolitik (gesunde Lebensmittel), Sozialpolitik (Armut macht krank) und Wirtschaftspolitik (Förderung der Gesundheitswirtschaft in SH) ist dringend geboten.

Dr. Helmut Grewe, Januar 09

#### **Begründung:**

Die Gesundheitspolitik ist integrativer Bestandteil sowie Dreh- und Angelpunkt für Bildungs-, Hochschul-, Umwelt-, Verbraucher- und Wirtschaftspolitik sowie von Gesundheitswirtschaft, Agrarwesen und Lebensmittelwirtschaft. Mit ca. 250 Mrd. € trägt allein die Gesundheitswirtschaft wesentlich zum Bruttosozialprodukt bei.

Daher steht sie besonders im Fokus neoliberal orientierter Politiker anderer Parteien, die massiv von global agierenden Pharmakonzernen sowie Betreiberkonzernen (Krankenhäuser, Pflegeheime, Rettungsdienste, Medizinische Versorgungszentren, Apothekenketten etc.) infiltriert und manipuliert werden (Lobbyismus). Firmen wie Asklepius, Rhön, Sana und Fresenius streben Monopolstrukturen an, um den Gesetzlichen Krankenkassen die Preise diktieren zu können. Dabei werden sie von der Springer- und Bertelsmannpresse, gleichzeitig über die Mutterstrukturen auch Anteilseigner, unterstützt. Sie orientieren sich primär an den Gewinnerwartungen aus therapeutischen Leistungen.

Da andere Parteien, denen in der Bevölkerung nur wenig gesundheitspolitische Kompetenz attestiert wird, komplett versagen, kann sich DIE LINKE in ihrem sozialen und humanistischen Selbstverständnis in der Gesundheitspolitik gut profilieren. Dazu muss sie aber aktiv werden. Leider ist die Gesundheitspolitik im vorliegenden Leitantrag des Landesvorstands praktisch nicht erwähnt.

Die vorangestellten Positionen blockieren neoliberale Ansätze im Gesundheitswesen, das in wesentlichen Belangen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird. Sie reduzieren den enormen Kostendruck durch umfassenden Ausbau der Prävention. Allein durch präventive Maßnahmen lassen sich die großen Volkskrankheiten (Übergewicht / Fettleibigkeit, Bluthochdruck, Koronare Herzerkrankungen, Diabetes Typ II, Krebs und Allergien) in den Griff bekommen und 50% (125 Mrd. €) der Krankheitskosten einsparen. Aus den Positionen lassen sich z. Bsp. für Schleswig Holstein, aber nicht nur, wichtige Forderungen und Projekte für die nächsten zwei Jahre (inkl. Bundestags- und Landtagswahl) ableiten:

- Förderung der Kampagne „5 am Tag“, fünfmal am Tag Obst und Gemüse, dabei Nutzung der EU-Förderung zur Verteilung von kostenlosem Obst an den Schulen, Ausweitung auf Kitas und Krippen.
- Einführung des Fachs Gesundheits- und Ernährungskunde (inkl. Kochen und Stressbewältigung) an all unseren Schulen
- Bürgerinitiative zur Einführung der Gesetzlichen Bürgerversicherung ohne Beitragsgrenzen (kontra Gesundheitsfond)
- Modellprojekt IGO, kleingewerkschaftliche Gruppenpraxis, entsprechend Antrag der LAG-SH GesSoz an den Bundesparteitag (wird am 22.11. beim Bundesvorstand erneut präsentiert und behandelt).
- Reprivatisierung von Krankenhäusern und Kündigung von Managementverträgen z. Bsp. Kreiskrankenhaus Rendsburg (Sana) auch um negative Auswirkungen auf die 5K zu verhindern. Stattdessen Betriebsgesellschaften in der Hand der Mitarbeiter.
- Modellprojekt für die Pflegeversorgung
- Entwurf eines eigenen Präventionsgesetzes DIE LINKE durch die LAG-SH GesSoz.

Bei all diesen Projekten ist besonders auch die Koordination und Mitarbeit der entsprechenden Mandatsträger und Ausschussmitglieder aus Stadtparlamenten und Kreistagen von Nöten.

Es gibt viel zu tun, dabei hilft Legitimation und Unterstützung auf dem LPT. Danke.

Weiteres ggf. mündlich

## **Anhang zum Krankenhauswesen**

Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig Holstein Gesundheit und Soziales

LAG-SH GesSoz

Willestr. 4-6, 24103 Kiel

### **Antrag an den Bundesvorstand / Programmkommission DIE LINKE**

Verabschiedung eines Positionspapiers für die therapeutischen Leistungen in stationären Einrichtungen..

Stationäre Einrichtungen in Form von Akutkrankenhäusern, Fachkliniken sowie Rehabilitationszentren und Pflegeeinrichtungen bilden im Anschluss an und in Wechselwirkung mit der ambulanten therapeutischen Versorgung (siehe IGO) die zweite Säule eines solidarischen Gesundheitswesens, wenn die gesundheitliche Prävention als erste Säule definiert wird. Auf einer selbstverständlichen Basis von Bedarfsgerechtigkeit, Flächendeckung und relativer Wohnortnähe ist somit bei notwendigem Controlling eine autark funktionierende und solidarisch finanzierte Krankenhauslandschaft unabdingbar für die Genesung schwer erkrankter Patienten und ihre Reintegration.

Fallpauschalen und die aktuelle finanzielle Deckelung der Krankenhäuser führen zu einer absurden Stresslage und Verhaltensweisen des klinischen Personals, wobei die nicht sichtbaren Vorstellungen der Bundesregierung bei Einführung des Gesundheitsfonds und Ablösung der Fallpauschalen keine Verbesserungen erwarten lassen, eher Verschlechterungen unter wettbewerbsorientierten Finanzierungskonzepten und Verstärkung der Zwei-Klassen-Medizin.

Demgegenüber erweisen sich die stationären Einrichtungen als attraktive Zielobjekte gewinnorientierter Konzerne (bis hin zu amerikanischen), die gerade bei Selektierung / Differenzierung von Patienten, fabrikähnlicher Strukturierung starker, monopolistischer Verhandlungsposition hohe Rendite erwarten lassen.

Pharmakonzerne nutzen die Krankenhäuser, um über angelegte Feldstudien und hohe Naturalrabatte ihre Produkte in den Markt zu drücken.

Die für die Genesung der Patienten und ihre Reintegration neben einer hochwertig verantwortlichen Medizin zwingend notwendige menschliche Wärme kann vom überbelasteten Personal nicht mehr erbracht werden und bleibt auf der Strecke.

Der vorliegende Entwurf eines Positionspapieres muss daher die elementaren Voraussetzungen effiziente, ausreichend finanzierte und menschliche Krankenhausstruktur widerspiegeln, die nicht zuletzt den dort Arbeitenden hohe Wertschätzung vermittelt.

Für die LAG-SH GesSoz

Kiel, den 1. November 2008

**Antrag 8x**

**Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE Schleswig Holstein**

**Antragsteller: Ernst Molkenthin für die Fraktion DIE LINKE**

**Stadt Itzehoe/Kreis Steinburg**

## **Der Landesparteitag DIE LINKE möge folgenden Finanzantrag zustimmen.**

Die Mandatsträger in den Kreisverbänden im Landesverband Schleswig Holstein werden gebeten den Kreisvorständen ihre Mandatsträgerbezüge offen zu legen. Eine offizielle Bezuschussung der Kreise durch den Landesverband/Landesvorstand/Landesschatzmeister ist nicht mehr gegeben.

### **Begründung:**

Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die Kreise finanzielle Autonomie anstreben und diese auch verwirklichen. Es ist auch weiterhin nicht einzusehen, dass wir seit Jahren darum ringen die „Beitragsehrlichkeit“ zu praktizieren, sie einfordern und feststellen, dass einige wenige Mitgliedsbeiträge im Land auf dubiose Weise zustande kommen.

Wir alle müssen zu der Überzeugung gelangen, dass ein öffentliches Mandat für die Partei ein Vorbild an Transparenz sein muss und die Bezüge nach unserer Bundessatzung den Kreisverbänden offen gelegt werden.

Wenn hier ein gerüttelt Maß an Transparenz und Solidarität zustande kommt entlasten die Beträge nicht nur die Kreisverbände sondern sie entlasten auch den Landesvorstand und den Landesschatzmeister bei noch so kreativ gestellten Anträgen eine unglückliche Entscheidung treffen zu müssen.

Auch die Frage nach der Finanzierung der zukünftigen Kreisgeschäftsstellen regelt sich hier von selbst.

### **Antrag 8y**

#### **Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE am 2 ./2 . Januar 2009**

#### **Thema: Antrag zur Frühkindlichen Bildung**

#### **Antragstellerin: Sigrid Randschau , Mitglied ROEW, KV RdEck für LAG-SH Bildung**

Der Landesparteitag möge behandeln, beraten und beschließen:

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Chancengleiche Bildung ermöglicht dem Einzelnen eine angemessene Entwicklung, Kenntnis von und Eintreten für eigene Rechte wie das Engagement für die Wahrnehmung grundlegender Rechte Dritter. Wir treten für selbständiges Lernen, für eigenständiges Denken, für Originalität, für Authentizität in der Bildung wie im Leben ein.

- Verankerung des Rechts auf Bildung im GG  
Die Umsetzung des Artikel 6 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UN und des Artikel 13 kulturelles Menschenrecht in Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der UN in nationales Recht.

Wir wollen ein kinderfreundliches Land werden.

Frühkindliche Bildung beginnt bei den zukünftigen Eltern.

- Einrichtung und Sicherung von Demokratie als Lebensform  
Jede Meinung zählt; Mitsprache für die jeweils Betroffenen.

- in Familien
- in Betreuungseinrichtungen
- in Schulen
- in der Gesellschaft

durch Vermittlung und Stärkung von Kommunikationskompetenz  
 durch Darstellung und Wahrnehmung eigener Rechte und Pflichten  
 durch Erfahren von Demokratie als Aushandlungsprozess in vielfältigen  
 Zusammenhängen.

- Verpflichtendes Fach Lebensglück  
 für das letzte Jahr vor dem Schulabschluss. Es wird vermittelt:
  - soziale Kompetenz/ Selbstwirksamkeit/ Resilienz (psychische Robustheit gegen widrige soziale Einflüsse)
  - Verantwortung für eigene Lebensziele/ Respekt für einander und sich selbst/  
Zivilcourage
  - Sichern primärer vitaler und sozialer Prozesse
- Begleitung und Unterstützung junger Familien von Anfang an  
 Wir treten ein für
  - die Gewährleistung sicherer Bindung des Kindes an mindestens eine feste  
Betreuungsperson  
 in den ersten drei Lebensjahren
  - die Förderung von Sprachfähigkeit und Sprechfertigkeit
  - die Förderung von Kommunikationsfähigkeit und Literalisation
  - die Förderung von Resilienz (psychische Robustheit)
  - die Förderung sozialer Kompetenz
  - wohnortnahe niederschwellige Unterstützung werdender und junger Eltern durch  
Informationsveranstaltungen,  
 offenen Kontakt zu kompetenten Fachkräften, durch Beratung (auf Wunsch oder  
Nachfrage),  
 durch Training unter kompetenter Anleitung (auf Wunsch oder Nachfrage).
- Bestausgebildete Kräfte in frühkindliche Bildung
  - Alle in der frühkindlichen Bildung Tätigen müssen eine hochwertige Ausbildung  
durchlaufen haben:
    - FH, Uni oder vergleichbare Bildung (´dual´: integrierte Praktika gegen den Praxisschock).
    - Anheben der Entlohnung entsprechend dem gesellschaftlichen Wert dieser Tätigkeit
    - Ausstattung jeder Gruppe mit zwei Fachkräften (z.B. 1 ErzieherIn/ 1 Sozialpädagoge)
    - weiteres Fachpersonal (Pädagogen/ Sonderpädagogen/ Psychologen/  
Ernährungsfachleute)
  - für Arbeitseinheiten auf dem Gebiet frühkindlicher Bildung

Antragstellerin

Sigrid Randschau (Mitglied der LAG Bildung SL-H)

### **Begründung**

Die Verankerung des Rechts auf Bildung im GG nimmt dem Recht auf Bildung den  
 Beliebigkeitscharakter, der bloßen Willenserklärungen eher symbolischer Art anhaftet. Es wird  
 damit ein vollgültiges Recht, das auch einklagbar wäre. Damit wird die rechtliche Position  
 eines Bildungswilligen enorm gestärkt. Das ist für uns erstrebenswert.

Wir wollen ein kinderfreundliches Land werden.

Wir sind noch weit davon entfernt, ein kinderfreundliches Land zu sein.

Nur ein Indiz: Kinderlärm aus öffentlichen oder privaten Einrichtungen ist ein Grund, den Betrieb dieser Institutionen zu untersagen oder einzuschränken.

Frühkindliche Bildung beginnt bei den zukünftigen Eltern.

Die politisch gewollte Zerschlagung gewachsener sozialer Strukturen hat ihren Preis. Heute ist er nicht mehr zu übersehen: eine Zunahme von Beschäftigung im Billiglohnsegment zulasten sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, eine Zunahme wahrgenommener und tatsächlicher Unsicherheit für die eigenen Lebensplanung, der Zwang, mehr als einen Arbeitsplatz haben zu müssen – ein Minimalverdienst langt nicht für den Lebensunterhalt... . Allein diese wenigen Beispiele zeigen auf, dass hierzulande zunehmend mehr Menschen von der Teilhabe an unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden. Würden wir sie auch noch von der Teilhabe an Bildung ausgrenzen, hätten wir eine mindestens 8-spurige Autobahn in ein Bildungspräkariat errichtet. Das wollen wir verhindern!

Wir wollen Eltern so mit Wissen ausstatten, dass sie selbst die frühkindliche Erziehung sicher leisten können. Dazu ist es in der gegebenen Situation nötig, die zerschlagenen sozialen Lernstrukturen in öffentlicher Trägerschaft kostenlos anzubieten. Darum ist die Einrichtung und Sicherung von Demokratie als Lebensform unverzichtbar. Nur, wer von Kindesbeinen an gelernt hat, dass er Rechte wie auch Pflichten in einer Gemeinschaft hat und übernehmen muss, wird sich für die Einhaltung seiner Rechte wie auch die seines Nächsten einsetzen können und wollen – d.h. sich kümmern und Verantwortung übernehmen. Dieser Prozess muss durch alle gesellschaftlichen Institutionen hindurch laufen: in Familien, in Betreuungseinrichtungen (KiTas, Hort, KiGa, Tagesmütter etc.), in Schulen und überall in der Gesellschaft. Dies geschieht durch Vermittlung und Stärkung von Kommunikationskompetenz des Einzelnen, durch die Darstellung und Wahrnehmung eigener Rechte und Pflichten (Zivilcourage) und durch das Erleben von Demokratie als Aushandlungsprozess in vielfältigen Zusammenhängen.

Außerdem soll zur Unterstützung und Festigung genau dieser Kompetenz ein verpflichtendes Fach Lebensglück für das letzte Jahr vor dem Schulabschluss eingerichtet werden. Dabei wird es ein abschließendes Mal um soziale Kompetenz, um das Erfahren von Selbstwirksamkeit (wenn ich etwas mache, wird sich etwas verändern), um Resilienz – nämlich die psychische Robustheit gegen widrige soziale Einflüsse-, um Verantwortung für eigene Lebensziele, die Wichtigkeit von Respekt für menschliches Miteinander, Zivilcourage und die Sicherung primärer vitaler und sozialer Prozesse im menschlichen Zusammenleben gehen. Es wird Wissen vermittelt, Themen gebunden in soziale Zusammenhänge eingebettet und damit handhabbar gemacht. Verstehen findet nicht nur auf einer übergeordneten Ebene statt, sondern kann und soll unmittelbar umgesetzt werden.

Weiter treten wir für die Begleitung und Unterstützung junger Familien von Anfang an ein. Dabei soll die Gewährleistung sicherer Bindung des Kindes an mindestens eine feste Betreuungsperson (dies wird in der Regel die Mutter sein) in den ersten drei Lebensjahren erste Priorität haben. Weiter ist die Förderung von Sprachfähigkeit und Sprechfertigkeit angestrebt. Weiter die Förderung von Kommunikationsfähigkeit und Literalisation – Kinder sollen wieder Lust und Freude am Lesen vermittelt bekommen. Wir wollen die Förderung von Resilienz (s.o.) für Eltern wie Kind so gut wie möglich sichern. Soziale Kompetenz ist zu stärken und wohnortnahe niederschwellige Unterstützung für werdende und junge Eltern. Dies wollen wir durch Informationsveranstaltungen zu relevanten Themen, durch offenen

Kontakt zu kompetenten Fachkräften unterschiedlichster Fachrichtungen, durch Beratung, wie auch durch Training unter kompetenter Anleitung (auf Wunsch oder Nachfrage) sichern. Der kommunalen Rahmen dafür ist je unterschiedlich zu gewährleisten und auszuhandeln.

Wir wollen, dass die bestausgebildeten Kräfte in der frühkindlichen Bildung beschäftigt werden.

Was am Anfang falsch gemacht wird, hat viele Spätfolgen; ist danach nur mit enormen Kosten und sehr viel Mühe wieder auszubügeln. Oft ist es mit einem hohen Risiko für´s Scheitern verbunden. Und immer steht ein menschliches Schicksal auf dem Spiel. Ein verkorkstes Leben ist kein hinnehmbarer Kollateralschaden - es ist eine Schande für ein Land wie Deutschland.

Damit der Anfang erfolgreich ist: die Besten (Können, Aus-Bildung und Motivation) für den Anfang!

Es ist eine Auszeichnung, für die optimalen Startbedingungen eines Kindes ins Leben sorgen zu dürfen.

Daher treten wir für eine hochwertige Ausbildung für alle in der frühkindlichen Bildung Tätigen ein : FH, Uni oder vergleichbare Bildung (´dual´: integrierte Praktika gegen den Praxisschock); für das Anheben der Entlohnung entsprechend dem gesellschaftlichen Wert dieser Tätigkeit; für die Ausstattung jeder Gruppe mit zwei Fachkräften (z.B. 1 ErzieherIn/ 1 Sozialpädagoge) sowie verpflichtend für weiteres Fachpersonal (Pädagogen/ Sonderpädagogen/ Psychologen/ Ernährungsfachleute) für Einrichtungen zur frühkindlichen Bildung.

### **Antrag 8z**

#### **Antrag an den Landesparteitag**

**Antragsteller: Esther Hartmann, Antje Biedermann**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Mandatsprüfungskommission gibt nach Schließung jedes Wahlganges die Anzahl der stimmberechtigten Delegierten für den soeben abgeschlossenen Wahlgang vor Auszählung öffentlich bekannt.

#### **Begründung:**

Delegierte nehmen oftmals nicht an jeder einzelnen Wahl teil. Sie verlassen die Versammlung vorzeitig oder kommen aus vielerlei Gründen verspätet. Somit kann es zu jedem Wahlgang eine unterschiedliche Zahl stimmberechtigter Delegierte geben.

Dies kann gerade für Neumitglieder, aber auch für Gäste verwirrend sein. Eine Bekanntgabe die Anzahl der Stimmberechtigten schafft hier mehr Transparenz und das Wahlverfahren wäre für alle Anwesenden überschaubarer.

Weiter trägt die Bekanntgabe dazu bei, Wahlen in diesem Punkt unanfechtbarer zu machen, besteht Kenntnis über die Anzahl der Stimmen, kann diese schwerer angezweifelt werden.